

**BÜNDNIS FÜR BÜRGERBETEILIGUNG IN UND UM KASSEL**  
**c/o Hedi Jantsch M. A., Max-Planck-Str. 8, 34131 Kassel**  
**Tel. 0561 - 36236, e-mail: [h.jantsch@directbox.com](mailto:h.jantsch@directbox.com)**

Frau  
Petra Friedrich  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Rathaus  
34117 Kassel

Kassel, am 16. Juni 2010

Betr.: Arbeit des Eingabeausschusses

Sehr geehrte Frau Friedrich,

diese Stellungnahme ist unter dem Eindruck der ersten Sitzung des Eingabeausschusses am 14. Juni 2011 entstanden.

Einerseits haben wir Verständnis dafür, dass ohne eigene Regelungen des Eingabeausschusses für die Behandlung der Eingaben der Ausschuss sich an der Praxis der Fachausschüsse orientiert, andererseits jedoch wird der Sinn des Eingabeausschusses dadurch entwertet.

Der Sinn des Petitionsrechts ist es, Forderungen und Beschwerden fraktionsübergreifend zu prüfen. Bei Beschwerden geht es darum zu prüfen, ob die Beschwerde begründet ist und Abhilfe geschaffen werden kann. Hier nimmt der Petitionsausschuss die Rolle eines Untersuchungsausschusses an. Bei Forderungen ist zunächst zu prüfen, ob die Forderung in die Zuständigkeit der Volksvertretung fällt oder ob die Forderung zu einer Empfehlung an die „zuständige Stelle“ - auf kommunaler Ebene an den Magistrat - führt. Das Ergebnis der Prüfung wird dann der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt auf der Grundlage eines Berichts, aus dem der Verlauf der Beratung ersichtlich ist. Dieser sollte auch Minderheitenpositionen enthalten.

Die erste Sitzung entspricht nicht den Gepflogenheiten der Petitionsausschüsse auch auf kommunaler Ebene, die es in 8 Bundesländern gibt. Beispielsweise lagen die Auskünfte des zuständigen Dezernenten den Ausschussmitgliedern nicht schriftlich vor, so dass sie diese nicht mit der vorgetragenen Position der Petenten abgleichen konnten.

Außerdem hat der Sprecher der Petition „Faktenfeststellung für das Lange Feld“ eine Änderung der entsprechenden Petition vorgetragen: Er hat den Text „fordern wir ein freiwilliges Faktenfeststellungsverfahren durch Mediation anstelle des Abwägungsverfahrens durch die Verwaltung“ ersetzt durch die Formulierung „die Faktenfeststellung als Voraussetzung für das Abwägungsverfahren durch die Stadtverwaltung“. Die Fraktion der

Grünen hat sich diese Formulierung zu eigen gemacht und zum Antrag erhoben. Dieser wurde ohne Diskussionsbeiträge von der Fraktion der CDU und der SPD abgelehnt. Außerdem lag dazu keine Begründung des Rechtsdezernenten vor. Dies erfüllt den Tatbestand einer mangelnden sachlichen Prüfung einer Petition, der vor den Verwaltungsgerichten beklagt werden kann.

Sehr geehrte Frau Friedrich, wir bitten Sie, im Ältestenrat vorzuschlagen, die Petitionen der Sitzung vom 14. 6. 2011 wegen „erheblicher Beratungsmängel“ zur Neubehandlung an den Eingabeausschuss zurückzuverweisen.

Wir wünschen Ihnen in Ihrem für die Bürgerinnen und Bürger so wichtigen Amt eine glückliche Hand.

Mit freundlichen Grüßen

(Hedi Jantsch)

(Horst Peter)

(Albert Pinkvohs)